

Inhalt

- 1-4 Im Blickpunkt**
- Städtetag fordert Finanzierung für geduldete Flüchtlinge
 - Fachkräfteeinwanderungsgesetz zügig vorlegen
 - Grundgesetz für Bildung, Wohnungsbau und Verkehr ändern
 - Erneut Hardware-Nachrüstungen für Diesel gefordert
 - BImA-Verbilligungsrichtlinie erleichtert sozialen Wohnungsbau
 - Wirtschaftliche Entwicklung und Steuereinnahmen weiter positiv

- 6-11 Forum**
- Internet der Dinge: Flächendeckendes Netz in Regensburg gestartet
Von Juliane von Roenne-Styra
 - Was ist wichtig für eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung?
Von Ralf J. Meurer
 - „Migrantinnen in die Kommunalpolitik“ – ein Projekt für Frauen
Von Teresa De Bellis-Olinger

12 Aus den Städten

13 Fachinformationen

14 Personalien

16 Termine

Finanzierung für geduldete Flüchtlinge regeln

Der Deutsche Städtetag begrüßt, dass der Bund seine Finanzierung eines Teils der Flüchtlingskosten von Ländern und Kommunen 2019 fortsetzt. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy, sagte anlässlich des Kabinettsbeschlusses der Bundesregierung im Oktober gegenüber Zeitungen: „Es ist gut, dass nun die Finanzierung der Flüchtlingskosten für das kommende Jahr geregelt wird. Allerdings brauchen die Städte Planungssicherheit auch über 2019 hinaus.“ Dringend notwendig ist für die Städte außerdem eine Finanzierungsregelung für geduldete Flüchtlinge. „Die Zahl geduldeter Menschen nimmt zu, die von den Kommunen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bekommen. Viele von ihnen können nicht so schnell in ihre Heimat zurück und werden länger in Deutschland bleiben. Derzeit leben knapp 175.000 Menschen mit einer Duldung in Deutschland. Wir sehen deshalb Bund und Länder in der Verantwortung, sich maßgeblich an den Kosten für diese Menschen zu beteiligen. Als im Jahr 2015 die Flüchtlingsfinanzierung in einem schnellen Verfahren geregelt wurde, ist dieses Thema nicht besonders beachtet worden, weil es noch nicht so viele Geduldete gab. Das muss jetzt nachgeholt werden“, so Dedy.

Der Städtetag bewertet es positiv, dass der Bund im Jahr 2019 weiterhin die Kosten der Unterkunft für anerkannte Flüchtlinge finanzieren will. Einen Teil der bisherigen Bundesbeteiligung an den Unterkunftskosten für Bezieher von Hartz-IV-Leistungen will der Bund allerdings in Zukunft auf anderem Weg, nämlich über die Umsatzsteuer, den Gemeinden zur Verfügung stellen. Dedy: „Das ist problematisch und führt zu Nachteilen für Städte und Regionen mit besonders hohen Sozialausgaben. Sie erhalten dann weniger Mittel. Um das zu vermeiden, plädieren wir für eine Grundgesetzänderung. Dann könnte der Bund seine Beteiligung an den Unterkunftskosten auf über 50 Prozent erhöhen. Das hat auch der Bundesrat kürzlich gefordert.“

Mit Blick auf die Integrationsmittel des Bundes sagte der Hauptgeschäftsführer des kommunalen Spitzenverbandes: „Es ist gut, dass der Bund weiterhin die Integrationspauschale zahlt. Dieses Geld kommt aber bisher noch nicht in allen Ländern vollständig bei den Kommunen an. Das muss sich ändern. Damit das Gesetz des Bundes die Kommunen gut unterstützt, müssen die Länder die Bundesmittel für die Integration auch weitergeben. Denn die Kommunen erbringen zum weitaus größten Teil die Leistungen für Integration, zum Beispiel bei der Kinderbetreuung und durch Schulen.“

Fachkräfteeinwanderungsgesetz zügig vorlegen

Der Deutsche Städtetag hat an die Bundesregierung appelliert, das geplante Fachkräfteeinwanderungsgesetz zügig vorzulegen. „Eine geregelte Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften birgt große Chancen gegen den Fachkräftemangel. Deshalb brauchen wir dieses Gesetz bald“, sagte der Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster, am 22. Oktober vor dem Treffen der Bundeskanzlerin mit Verbänden zur Flüchtlingspolitik gegenüber der Neuen Osnabrücker Zeitung.

Den Städten sei bei dem neuen Gesetz wichtig, dass zwischen humanitärer Aufnahme von Menschen durch das Asylrecht und Erwerbsmigration klar unterschieden werde. „Es ist gut, dass die Koalition in ihren Eckpunkten zur Fachkräfteeinwanderung an diesem

Grundsatz festhält“, so Lewe: „Denn es muss vermieden werden, neue Anreize für den Zuzug von Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen flüchten, in das Asylsystem zu schaffen.“

Vernünftig sei der Plan, angesichts des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels auch die Potenziale der Personen mit Fluchthintergrund, die aufgrund ihres Aufenthaltsstatus eine Beschäftigung ausüben dürfen, für den Arbeitsmarkt zu nutzen. Allerdings werde der Bedarf an qualifizierten Arbeitnehmern hierüber allein nicht zu befriedigen sein. Im Aufenthaltsrecht einen verlässlichen Status für gut integrierte Geduldete zu schaffen, die ihren Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit sichern, nannte Lewe richtig.

Grundgesetz für Bildung, Wohnungsbau und Verkehr ändern

Der Deutsche Städtetag begrüßt die von der Bundesregierung geplanten Änderungen des Grundgesetzes für die Bereiche Bildung, Wohnungsbau und Verkehr, die Ende September erstmals im Bundestag beraten worden sind.

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy, sagte dazu der Neuen Osnabrücker Zeitung: „Es ist ausgesprochen hilfreich, wenn der Bund in Zukunft die Bildungsinfrastruktur in allen Kommunen fördern kann. Die Länder und Kommunen werden dadurch nicht aus der Verantwortung entlassen, sondern es wird für die Schulen gemeinsam mehr erreicht. Das ist unbedingt nötig, weil Schulbau, Schulsanierungen und Modernisierungen eine gewaltige Aufgabe sind. Die Städte stellen sich dem ambitioniert: Viele Schulen müssen digital ausgestattet und aufgrund steigender

Schülerzahlen ausgebaut sowie für den Ganztag und die Inklusion hergerichtet werden.“

Die geplanten Änderungen des Grundgesetzes zum sozialen Wohnungsbau und der Gemeindeverkehrsfinanzierung sind ebenfalls gut für die Städte, betonte Dedy: „Denn damit bleibt der Bund über das Jahr 2019 hinaus in der finanziellen Verantwortung.“ Genau das hatte der Deutsche Städtetag seit Langem gefordert. Der Bund will den sozialen Wohnungsbau mit jeweils 1 Milliarde Euro in den Jahren 2020 und 2021 mitfinanzieren. „Die Länder müssen diese Mittel aber auch zweckentsprechend verwenden“, appelliert Dedy. Die Bundesmittel für die kommunale Verkehrsinfrastruktur sollen von heute 330 Millionen Euro bis zum Jahr 2021 auf jährlich 1 Milliarde Euro erhöht und danach jährlich dynamisiert werden.

„Städtetag aktuell“ per E-Mail

Die Publikation „Städtetag aktuell“ kann als PDF-Datei per E-Mail bezogen werden. Interessenten können sich im Internetangebot des Deutschen Städtetages unter www.staedtetag.de in der Rubrik Publikationen registrieren. Alternativ können Sie das Heft auch anfordern unter presse-info@staedtetag.de.

Erneut Hardware-Nachrüstungen für Diesel gefordert

Der Deutsche Städtetag hat nach dem Berliner Urteil zu streckenbezogenen Diesel-Fahrverboten am 9. Oktober die Autoindustrie aufgefordert, ihre „Blockadehaltung“ zu Hardware-Nachrüstungen für Dieselaufos aufzugeben. „Das Berliner Urteil zeigt: Es droht ein Flickenteppich von Fahrverboten in deutschen Städten“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy, der Deutschen Presse-Agentur.

„Die Gerichtsurteile sind für die zu Fahrverboten verurteilten Städte eine riesige Herausforderung. Aber auch die Dieselbesitzerinnen und Dieselbesitzer brauchen Klarheit, in welche Städte sie noch fahren können. Der Schlüssel für saubere Luft in den Städten liegt bei der Autoindustrie, denn bis zu Dreiviertel der Stickoxide in der Stadt stammen von Diesel-Pkw. Deshalb dürfen

die Hersteller nicht kneifen, sondern müssen die Hardware-Nachrüstungen ihrer Modelle vorantreiben und voll finanzieren. Sowohl die Umstiegsprämie für den Autokauf als auch die Hardware-Nachrüstung müssen mindestens in allen Städten umgesetzt werden, in denen Fahrverbote drohen. Das ist ja auch die Erwartung der Koalition. Doch der Druck auf die Autoindustrie darf jetzt nicht nachlassen. Er muss nach diesem Urteil noch intensiviert werden. Wir brauchen darüber hinaus eine Blaue Plakette, um von Gerichten verhängte Fahrverbote auch wirksam kontrollieren zu können.

Wir bleiben dabei: Die Maßnahmen der Koalition sind ein Schritt in die richtige Richtung. Das Berliner Urteil aber macht deutlich: Grundlegend gelöst wird das Problem zu hoher Stickoxid-Werte in zahlreichen Städten mit dem Paket der Koalition nicht.“

BlmA-Verbilligungsrichtlinie erleichtert sozialen Wohnungsbau

„Die Städte sind froh über die neue Verbilligungsrichtlinie der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA). Damit wird es für Kommunen attraktiver als bisher, Grundstücke des Bundes für den sozialen Wohnungsbau zu erwerben, um preiswerten neuen Wohnraum zu schaffen.“ Das sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy, Anfang Oktober auf Anfrage der Süddeutschen Zeitung. „Wichtig ist dabei, dass Kommunen Bundesgrundstücke auch dann verbilligt bekommen, wenn sie sie mit dem Verbilligungsabschlag weitergeben an private Dritte, die als Investoren dort Sozialwohnungen bauen. Das hatte der Deutsche Städtetag lange gefordert, weil nicht jede Stadt über ausreichend eigene Wohnungsbauunternehmen verfügt, die den Wohnungsbau auf solchen ehemaligen Bundesgrundstücken realisieren können.“

„Der Deutsche Städtetag ist aktuell mit der BlmA in Gesprächen, um zu klären, wie sich die Verkäufe von

Bundesgrundstücken nochmals weiter beschleunigen lassen, etwa für den Bau preiswerten Wohnraums.“

Hintergrund: Neu gefasst wurden auch die Bestimmungen für die Gewährung von Kaufpreisabschlägen für die Abgabe von Liegenschaften für Zwecke des sozialen Wohnungsneubaus bzw. der sozialen Wohnraumnutzung im Bestand: Der Kaufpreisabschlag beträgt 25.000 Euro pro neu geschaffener Wohneinheit und bezieht sich auf den Preis für die gesamte für den Wohnungsbau vorgesehene Grundstücksfläche, auch wenn nur auf einer Teilfläche Sozialwohnungen entstehen. Dies unterstützt die Bestrebungen der Städte, Quartiere mit einer Mischung aus frei finanziertem und sozialem Wohnungsbau auszuweisen. Die Verbilligung ist pro Kaufvertrag auf den Kaufpreis begrenzt, sodass – bei der entsprechenden Anzahl neu zu schaffender Sozialwohnungen – sogar eine Reduzierung des Kaufpreises „nahe null“ möglich wäre.

Wirtschaftliche Entwicklung und Steuereinnahmen weiter positiv – Grundsteuer als wichtige Kommunalsteuer rasch reformieren

Die Ergebnisse der aktuellen Steuerschätzung sind nach Einschätzung des Deutschen Städtetages ein Spiegelbild der aktuell positiven Wirtschaftsprognosen. Diese gehen davon aus, dass sich die gute Entwicklung der Vergangenheit ungebrochen fortsetzt und dass mögliche Risiken, wie etwa Handelsstreitigkeiten oder der Brexit, keine allzu großen Auswirkungen entfalten werden.

Der Deutsche Städtetag weist allerdings darauf hin, dass derartige Krisen bei der Haushaltsplanung einkalkuliert werden müssen, auch wenn sie schlecht zu prognostizieren sind und daher bei der Steuerschätzung unberücksichtigt bleiben.

Die stellvertretende Hauptgeschäftsführerin des Deutschen Städtetages, Verena Göppert, erklärte zu den Ergebnissen der Steuerschätzung, an der der Deutsche Städtetag als Spitzenverband der Städte beteiligt ist: „Die Städte freuen sich über die guten Wirtschaftsdaten und die damit einhergehenden Steuereinnahmen. Allerdings sollten Bund und Länder nicht in Versuchung geraten, mit dem Verweis auf die aktuell guten Einnahmen dauerhaft neue Aufgaben für die Kommunen zu schaffen. Was einmal beschlossen ist, muss auch noch bezahlbar bleiben, wenn sich die Steuern weniger positiv entwickeln.“

Größere Sorgen bereitet den Städten die schleppende Umsetzung der Grundsteuerreform. Auch ein halbes Jahr nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts seien auf dem Weg zu einer Grundsteuerreform keine Fortschritte erkennbar, kritisiert Göppert: „Bis Ende 2019 müssen Bund und Länder die Grundsteuer neu regeln, weil sie in der bisherigen Form unvereinbar mit dem Grundgesetz ist. Mit einem jährlichen Aufkommen von mehr als 14 Milliarden Euro pro Jahr ist die Grundsteuer eine unverzichtbare Einnahmequelle für die Städte und Gemeinden. Die Bundesregierung muss das bereits angekündigte Eckpunktepapier für ein neues Grundsteuermodell jetzt schnellstmöglich vorlegen. Dazu gehört auch ein konkreter Fahrplan, um die Reform fristgerecht umzusetzen.“

Die zentralen Ergebnisse aus der Steuerschätzung für die Kommunen sind: Für die Gemeinden werden Steuereinnahmen in Höhe von 111,2 Milliarden Euro im Jahr 2018 und 114,2 Milliarden Euro im Jahr 2019 prognostiziert. Im Jahr 2017 lagen die kommunalen Steuereinnahmen bei 105,1 Milliarden Euro. Das Gesamtaufkommen der Gewerbesteuer wird 2018 gegenüber dem Vorjahr um 2,8 Milliarden Euro bzw. 5,3 Prozent wachsen. Die Grundsteuereinnahmen lagen im vergangenen Jahr (2017) bei 14 Milliarden Euro, für das laufende Jahr werden 14,2 Milliarden Euro erwartet.

Gemeinschaftsinitiative „1000 Schulen für unsere Welt“ gestartet



Unter der Schirmherrschaft des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gerd Müller, haben die kommunalen Spitzenverbände, Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund am 6. November in Berlin eine gemeinsame Initiative ins Leben gerufen. Ziel von „1000 Schulen für unsere Welt“ ist es, über den Bau von Schulen möglichst vielen Kindern in ihren Heimatländern eine Zukunft zu geben, Bildung im globalen Kontext zu fördern, Armut zu verringern, Perspektiven vor Ort zu schaffen.

Mit der Strategie „global denken, lokal handeln“ wollen deutsche Kommunen nun im Rahmen der Initiative und gemeinsam mit ihrer Bürgerschaft und der lokalen Wirtschaft einen wirksamen Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit, zur Bekämpfung von Fluchtursachen und zur Verbesserung der Lebenssituationen in Ländern des globalen Südens leisten. Weitere Informationen finden Sie unter www.staedtetag.de.



VERANTWORTUNGSVOLL. ENGAGIERT. NAH. IHR KOMPETENZCENTER FÜR ÖFFENTLICHE KUNDEN.

Die DZ HYP ist Kompetenzcenter für Öffentliche Kunden in der Genossenschaftlichen Finanz-Gruppe Volksbanken Raiffeisenbanken. Wir beraten Sie deutschlandweit bei allen Fragen rund um die Kommunalfinanzierung und das kommunale Anlagemanagement. Unsere Regionaldirektoren sind Ihnen dabei persönliche Ansprechpartner vor Ort. Mit Kassenkrediten und Kommunaldarlehen / Schulscheindarlehen sowie Anleihen und Öffentlich-Private-Partnerschaften unterstützen wir Sie verantwortungsvoll und engagiert – immer mit Blick auf Ihre besonderen Anforderungen.

dzhyp.de

Internet der Dinge: Flächendeckendes Netz in Regensburg gestartet

Von Juliane von Roenne-Styra

Regensburg verfügt als erste Stadt Deutschlands über ein öffentlich zugängliches und flächendeckendes Netz für das Internet der Dinge (IoT). Die Anwendungsmöglichkeiten reichen von automatisierten Brand- und Schadensmeldern über den Glascontainer, der sich selbst meldet, wenn er voll ist, bis hin zu Feinstaubsensoren zur Lenkung des Stadtverkehrs in Echtzeit. Mit Hilfe der Ultraschmalbandtechnologie können Sensoren und Gegenstände mit dem Internet verbunden werden, für die WLAN oder Mobilfunk zu kostspielig oder ungeeignet sind.

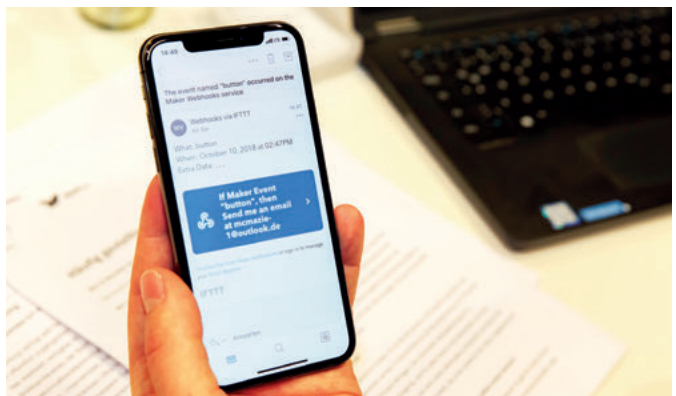
Die Ultraschmalbandtechnologie ergänzt den bisherigen Breitbandausbau der Stadt und ermöglicht Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen, Hochschulen und Behörden uneingeschränkten Zugang zum Internet der Dinge, mit dem sich Gegenstände auch untereinander vernetzen lassen. „Dass die Firma Sigfox Regensburg als erste Stadt ausgewählt hat, in der sie die Ultraschmalbandtechnologie flächendeckend zur Verfügung stellt, ist ein starkes Signal für uns“, sagte Bürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer bei der Präsentation des neuen Netzes. „Das Internet der Dinge eröffnet die Chance auf viele neue Geschäftsmodelle und Services, die unsere Bürgerinnen und Bürger sowie die hier ansässigen Unternehmen künftig nutzen können. Die Stadtverwaltung wird evaluieren, welche Einsatzfelder sich anbieten, um das Netz auch selbst zu nutzen.“

Ultraschmalbandtechnologien wie das Sigfox-Netz unterstützen den digitalen Wandel, da sie Sensoren und Systeme besonders kostengünstig, energiesparend und sicher an das Internet der Dinge anbinden können. Interessant ist bei diesem neuen Netz auch die Tatsache, dass seine Nutzung nicht nur auf öffentliche Straßen und Plätzen in einem Radius von rund 300 Metern um eine WLAN-Basisstation beschränkt ist, sondern dass man es überall im Stadtgebiet nutzen kann, auch zu Hause und im Betrieb – sofern man sich in einem Radius von rund fünf bis zehn Kilometern um die nächstgelegene Funkstation bewegt.

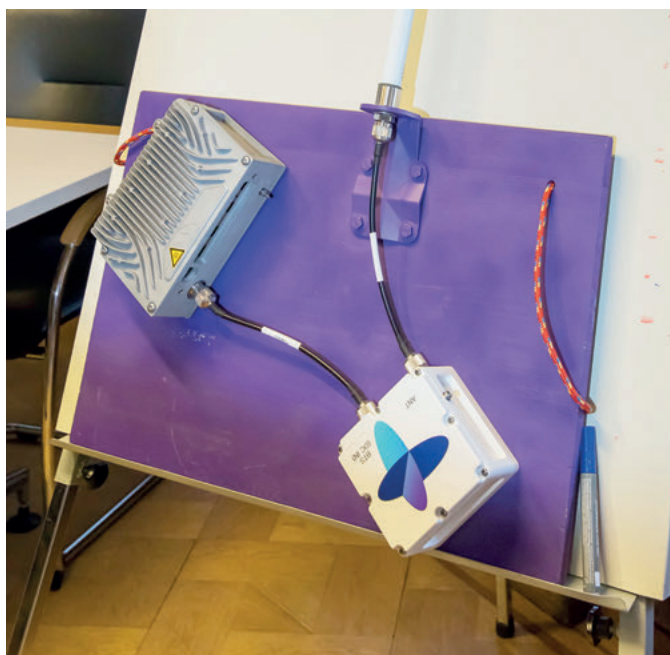


v.l.n.r.: Hans Mühlbauer (home2net GmbH), Dr. Jan-Erik Beuttel (Amt für Wirtschaftsförderung), Bürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer, Aurelius Wosylus (Sigfox) und Maximilian Fenzl (Sigfox).
Foto: © Stadt Regensburg, Stefan Effenhauser

Dieter Daminger, Referent für Wirtschaft, Wissenschaft und Finanzen der Stadt Regensburg, sieht im Internet der Dinge erhebliches Potenzial für die Entwicklung datenbasierter Geschäftsmodelle: „Die Bereitstellung einer Infrastruktur allein schafft noch keinen Mehrwert. Es kommt jetzt darauf an, dass vorhandene Gegenstände oder Geräte auch mit moderner Sensortechnik digitalisiert werden. Erst über die wohlgedachte Integration von IoT-Funktionalitäten beispielsweise in Produkte oder Dienstleistungen generiert



Nachrichte übers Handy erhalten.
Foto: © Stadt Regensburg, Stefan Effenhauser



Eine Antenne von Sigfox.
Foto: © Stadt Regensburg, Stefan Effenhauser

die Vernetzung von Dingen mit anderen Dingen jenen Mehrwert, den sich etwa die Industrie erhofft. Mit unserem Cluster Sensorik, der Digitalen Gründerinitiative Oberpfalz DGO und der TechBase verfügen wir in Regensburg über strategisch schlagkräftige Strukturen für die Entwicklung eines breiten Spektrums an Anwendungsgebieten.“

Industriekunden nutzen das Sigfox-Netz vielfach zur Sammlung von Prozessdaten. So können beispielsweise Produkte entwickelt werden, die nach ihrer Nutzungshäufigkeit bezahlt werden, ebenso wie Energieverbrauchsähler, die sich den Stand selbstständig melden. Das kann Stadtwerken viel Verwaltungsaufwand sparen.

Ein großes Feld sind auch Applikationen zur Ortung von einfachen Gegenständen. So entstehen derzeit viele neue Logistikapplikationen, bei denen Waren oder Paletten beim Transport unabhängig vom Fahrzeug geortet werden. Für die Regensburger Unternehmen wird die Stadt zusammen mit Partnern aus Wirtschaft und Wissenschaft mehrere Informationsveranstaltungen organisieren, um sie über mögliche Anwendungen der neuen Technologie zu informieren.

Weitere Informationen, Fragen und Antworten zum Sigfox-Netz:

- **Wie schnell ist das Sigfox-Netz?** Mit Breitband-Internet hat das Sigfox-Netz nichts gemein. Es ist für Dinge entwickelt, die über zwölf Byte kleine Nachrichten ihren Zustand oder Ereignisse melden. Diese Nachrichten werden binnen weniger Sekunden übertragen und können so in Echtzeit Alarme auslösen, wenn beispielsweise ein Brandmelder anschlägt. Maximal 140 Nachrichten lassen sich pro Tag in Richtung Cloud übertragen. Vier Nachrichten zurück sind für Inbetriebnahme, Wartung, neue Konfigurationen oder Stellbefehle vorgesehen.
- **Muss der Privatanwender einen Vertrag mit dem Netzbetreiber abschließen?** Nein. Eigentümer und Nutzer von Dingen, die über das Sigfox-Netz angebunden werden, brauchen keinen Vertrag mit dem Netzbetreiber und es fallen keine Prepaid-Kosten an. Die Kosten für die Nutzung des Netzes hat bereits der Hersteller der Dinge – seien es Sensoren oder Systeme und Gegenstände aller Art – mit dem Netzbetreiber abgerechnet. Diese Entgelte für die Nutzung liegen je nach Nutzungshäufigkeit zwischen einem und zehn Euro pro Jahr. Bei Lösungen, die nur im Alarmfall funken, können die Entgelte sogar noch günstiger sein.
- **Gibt es schon Produkte für die Bürger der Stadt Regensburg?** Ja. Nur einige Beispiel-Applikationen seien hier auszugsweise genannt: Es gibt für Smart Home Anwendungen für Brandmelder, Heizkörperverbrauchsähler, Wasserrohrbruchmelder oder Frostwarner. Es gibt Tracker für Katzen und Hunde oder Sensoren, die das Öffnen eines Briefkastens detektieren können. Es gibt Systeme für den Home-Care-Bereich wie Falldetektoren oder Ortungssysteme für demente Mitbürgerinnen und -bürger. Es gibt Tracker für Fahrräder und vieles mehr.

Juliane von Roenne-Styra
Pressesprecherin der Stadt Regensburg

Diskussionspapier-Update: Was ist wichtig für eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung?

Von Ralf J. Meurer

Unsere Wirtschaft verändert sich immer mehr. Unternehmen stehen vor immensen Veränderungen. Globalisierung, Digitalisierung und demografischer Wandel haben erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft und jedes einzelne Unternehmen. Doch nicht nur Unternehmen müssen sich auf diese Veränderungen einstellen. Auch für die Kommunen und ihre Wirtschaftsförderungseinrichtungen bedeutet dieser Wandel die Notwendigkeit, sich anzupassen und sich den neuen Herausforderungen zu stellen.

Neue Herausforderungen

Es gibt klassische Handlungsfelder, die weiter Bestand haben werden. So wird die Betreuung des Unternehmerbestandes ein Hauptaufgabenfeld der Wirtschaftsförderung bleiben. Verändert haben sich die Fragestellungen, mit denen Wirtschaftsförderung vonseiten der Unternehmen konfrontiert werden. Da ist die Verfügbarkeit von Fachkräften, teilweise aber schon von Arbeitskräften, ein immer häufiger genanntes Themenfeld. Auch die Auswirkungen der Digitalisierung und die sich daraus ergebenden Anpassungserfordernisse werden von Unternehmen spät oder gar nicht gesehen. Aus der zunehmenden Globalisierung ergeben sich plötzlich Herausforderungen, die im Mittelstand und damit bei der Hauptzielgruppe von Wirtschaftsförderungen auftreten, deren Auswirkungen von den Unternehmen oft unterschätzt werden.

So wie sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verändern, haben sich auch die Anforderungen an die kommunale Wirtschaftsförderung in den letzten Jahren deutlich verändert. Die kommunale Wirtschaftsförderung kann bei den Herausforderungen, die über die Unternehmen an sie herangetragen werden, nicht immer den individuellen Lösungsansatz bieten, aber sie kann zum Beispiel durch Vernetzung der Unternehmen untereinander und mit anderen Akteuren einen Beitrag zur Unterstützung der Unternehmen leisten.

Digitalisierung

Die Diskussion über die Digitalisierung der Wirtschaft (Wirtschaft 4.0) wird oft auf das Thema Breitbandversorgung reduziert. Eine breitbandige und störungs-

unanfällige Internetverbindung sollte heute Standard sein, und das nicht nur in Technologieparks und Gewerbegebieten. Die Ausweitung der Förderung auch bei einer vorhandenen Bandbreite von 30 Megabyte im Download ist ein Schritt in die richtige Richtung. Zukünftig wird die Bereitstellung von Gigabyte-Netzen der notwendige Standard sein. Wirtschaft 4.0 ist aber erheblich mehr und hat erhebliche Auswirkungen auf die Zukunftsfähigkeit von Unternehmen in allen Branchen. Viele derjenigen Unternehmen, die sich heute nicht betroffen fühlen, werden vielleicht schon in absehbarer Zeit durch alternative Geschäftsmodelle, die sie überflüssig machen, vom Markt verschwinden. Hier kann die Wirtschaftsförderung sensibilisieren. So manche von der Wirtschaftsförderung initiierte Begegnung eines etablierten Mittelständlers mit ein paar innovativen Start-ups oder Studenten hat den Unternehmen die Augen geöffnet.

Fachkräftemangel

Schon seit Jahren warnen Wirtschaftsförderer vor dem kommenden Fachkräftemangel. Dieser begann zunächst in einzelnen Branchen und war regional noch sehr unterschiedlich. Inzwischen sorgen sich immer mehr Unternehmen, dass sie keinen Nachwuchs mehr finden und Aufträge ablehnen müssen, da sie nicht das Personal haben, um diese abarbeiten zu können. Jetzt beklagen sich die Unternehmen und fordern Unterstützung. Auch hier ist die Wirtschaftsförderung der erste Ansprechpartner und kann über ihre Netzwerkpartner Unterstützung anbieten.

Online-Handel

Der Online-Handel entwickelt sich rasant und übersteigt inzwischen die noch vor Kurzem aufgestellten Prognosen. Gleichzeitig steigt dadurch der Leerstand in den Einkaufsstrassen der kleineren und mittleren Städte sowie in den Stadtteilzentren der Großstädte. Auch hier werden von der Wirtschaftsförderung Lösungskonzepte erwartet. Zwar ist allen klar, dass ein Einzelhandelsbesatz, wie er noch vor wenigen Jahren vorhanden war, nicht mehr erreicht werden kann, aber trotzdem wird eine nachhaltige Belebung der leergezogenen Ladenlokale erwartet.

Gewerbeflächen

Ein großes Thema für Wirtschaftsförderung ist die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen. Dabei ist das Problemfeld in den Kommunen sehr unterschiedlich. Einige Kommunen verfügen über ausreichende Gewerbeflächenpotenziale, können diese aber wegen fehlender Nachfrage nicht vermarkten. Hier ist die Unternehmensakquisition die große Herausforderung. In anderen Kommunen, speziell in den Großstädten und Ballungsräumen, gibt es bei zum Teil noch steigender Nachfrage kaum noch vermarktbare Gewerbeflächen. Wirtschaftsförderung steht da in Konkurrenz zu Wohnflächenbedarfen und Flächenbedarfen für Grünentwicklung und Freizeit. Alle diese Bereiche haben ihre berechtigten Ansprüche. Die Herausforderung besteht darin, alle Bereiche nebeneinander zu entwickeln. Das Ziel der Reduzierung des Freiraumverbrauchs schränkt gerade die Wirtschaftsflächenentwicklung sehr ein. Abstandsflächen zu anderen Nutzungen, die Notwendigkeit zur Ausweisung von erheblichen Ersatzflächen bei Inanspruchnahme von bisherigen Grünflächen, erschwert die Flächenausweisung. Bei der Wiedernutzung von industriellen Brachflächen liegen die Sanierungs- und Erschließungskosten oft über dem Marktwert, sodass der meist private Eigentümer die Flächen eher liegen lässt als sie zu entwickeln und zu vermarkten. Den Wirtschaftsförderungen fehlen hier oft die Instrumente und finanziellen Mittel, diese Flächen einer gewerblichen Wiedernutzung zuzuführen.

Während die Anforderungen an die Wirtschaftsförderung ständig steigen, wird gleichzeitig die personelle und finanzielle Ausstattung der Wirtschaftsförderungseinrichtungen ständig reduziert. Da Wirtschaftsförderung nicht zu den Pflichtaufgaben einer Kommune gehört, wird hier oft der Rotstift angesetzt. Wirtschaftsförderung kann nicht gewinnorientiert arbeiten, aber die indirekten Effekte sind enorm. Neben den Steuereinnahmen durch neuangesiedelte Unternehmen und die vielfältigen positiven Effekte durch geschaffene bzw. am Standort gesicherte Arbeitsplätze ergibt sich oft eine Standortdynamik, die weitere Ansiedlungen generiert. Die Standortsicherung bestehender Betriebe schafft zudem Zufriedenheit am Standort.

Die Fachkommission Wirtschaftsförderung des Deutschen Städtetages hatte dies zum Anlass genommen, ein Papier zur Bedeutung und zu den Effekten kommunaler Wirtschaftsförderung zu verfassen. Dieses Papier mit dem Titel „Kommunale Wirtschaftsförderung – unabdingbar für den Standort“ wurde dann 2012

vom Hauptausschuss des Deutschen Städtetages beschlossen und war eine erste Grundlage zur Bewertung des Aufgabenfeldes kommunale Wirtschaftsförderung und ihrer Wirkungen für die Kommune.

Neues Diskussionspapier

Die oben beschriebenen aktuellen Veränderungen im Wirtschaftsbereich haben die Fachkommission veranlasst, sich erneut mit dem Thema zu befassen und das Papier grundlegend zu überarbeiten. In mehreren intensiven Arbeitsgruppensitzungen wurde das Papier den aktuellen Herausforderungen angepasst und insgesamt überarbeitet. Für dieses Engagement danke ich den Mitgliedern der Arbeitsgruppe, der Fachkommission und dem Ausschuss für Wirtschaft und europäischen Binnenmarkt des Deutschen Städtetages, in denen der Entwurf auch mehrfach diskutiert wurde. Das nun vorliegende Diskussionspapier ist eine aktuelle Basis für die Arbeit der kommunalen Wirtschaftsförderung.

Dabei sind die für die einzelne Wirtschaftsförderung relevanten Themenbereiche nicht in allen Kommunen gleich und vollständig umsetzbar. Dafür sind die kommunalen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in unseren Städten zu unterschiedlich. Das Papier kann auch nicht zur Entscheidung über die optimale Organisationsform von Wirtschaftsförderung herangezogen werden. Hier sind die lokalen Voraussetzungen entscheidend. Jegliche Organisationsform hat ihre speziellen Vorteile, aber auch in anderen Feldern Nachteile, sodass es abzuwägen gilt, in welcher Organisationsform Wirtschaftsförderung am Standort betrieben wird. Viel wichtiger ist es, die Wirtschaftsförderungen so auszustatten, dass sie den gestiegenen Anforderungen gerecht werden und ihre Aufgabe zur Sicherung und Entwicklung des Wirtschaftsstandortes erfüllen können. Auch wenn Wirtschaftsförderung keine Pflichtaufgabe für Kommunen ist, ist sie ein wichtiger Bestandteil der Daseinsvorsorge der Kommunen und trägt erheblich zur wirtschaftlichen Entwicklung von Standorten bei.

Das Diskussionspapier für eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung steht als PDF zum Download bereit unter <http://t1p.de/diskussionspapier-wifoe-2018>.

Ralf J. Meurer
Vorsitzender der Fachkommission
Wirtschaftsförderung im Deutschen Städtetag
und Geschäftsführer der Gesellschaft für
Wirtschaftsförderung Duisburg mbH

„Migrantinnen in die Kommunalpolitik“ – ein Projekt für Frauen

Von Teresa De Bellis-Olinger

Das Projekt der Otto Benecke Stiftung e. V. „Migrantinnen in die Kommunalpolitik“ eröffnet zugewanderten Frauen mit qualifizierten Seminaren und einer intensiven Vernetzung bessere Möglichkeiten, sich in der Kommunalpolitik aktiv zu beteiligen und ihre Rechte bei der Gestaltung der politischen Entwicklungen vor Ort wahrzunehmen.

Auftraggeber und Unterstützende

„Migrantinnen in die Kommunalpolitik“ ist ein Projekt, das zu einhundert Prozent von der Bundeszentrale für politische Bildung finanziert wird, ein Projekt indem echte politische Arbeit realisiert wird. Mit Thomas Krüger, dem Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung haben wir einen Ansprechpartner, der die politische Basisarbeit von der Pike auf kennt und dem politische Partizipation ein großes Anliegen ist.

Besonders stolz sind wir auf die Schirmherrschaft des Projekts, die die NRW-Staatssekretärin für Integration, Frau Serap Güler, übernommen hat: „Als Staatssekretärin für Integration des Landes Nordrhein-Westfalen aber auch als Frau, die selbst eine sogenannte ‚Einwanderungsgeschichte‘ hat, liegt mir dieses Projekt besonders am Herzen. Deshalb habe ich auch gerne die Schirmherrschaft für das OBS-Projekt ‚Migrantinnen in die Kommunalpolitik‘ übernommen, um Frauen mit Einwanderungsgeschichte gezielt darin zu bestärken, sich aktiv in Organisationen und Parteien vor Ort einzubringen. Noch immer sind Menschen mit Einwanderungsgeschichte und vor allem Frauen in den Parteien und Gremien stark unterrepräsentiert. Dabei bringen eben diese Frauen sehr viel Wissen und Erfahrungen mit, auf die wir angewiesen sind, wenn wir eine faire, tolerante und vielfältige Kommunalpolitik betreiben wollen.“

Seit einigen Jahren führt die Otto Benecke Stiftung e. V. – gemeinsam mit Migrantenselbstorganisationen – Seminare und Coaching-Projekte zu Empowerment und zur Stärkung gesellschaftlicher Teilhabe von

Migrantinnen und Migranten durch. Dabei fällt auf, dass insbesondere zugewanderte Frauen ein großes Interesse an einer gestaltenden Mitwirkung im kommunalen Umfeld haben. „Migrantinnen tragen bereits in großem Maße zur Gestaltung der Zivilgesellschaft bei. Sie sind in zahlreichen Migrantinnenorganisationen anzutreffen und engagieren sich ehrenamtlich in vielen Bereichen – nur in der Politik sind sie leider zu wenig vertreten“, so Dr. Lothar Theodor Lemper, Geschäftsführender Vorsitzender der Otto Benecke Stiftung e. V.

Bei näherer Betrachtung der gesellschaftspolitischen Arbeit von Migrantinnen wird deutlich, dass dieser Personenkreis in den Entscheidungsebenen der für die Integrationsarbeit primär zuständigen Gebietskörperschaften, also in der Kommunalpolitik, nur unzureichend vertreten ist. Zum einen fehlt es kleineren Organisationen oftmals an Kenntnissen über die Prozesse und Möglichkeiten in der Kommunalpolitik. Zum anderen sind Menschen mit Migrationshintergrund in den Parteien und Gremien stark unterrepräsentiert. So stellen sie nur knapp 4 Prozent der Ratsmitglieder in Großstädten.

Wege der Wissensvermittlung

Als Modellprojekt haben wir im vergangenen Jahr mit vier Migrantenorganisationen in den drei Bundesländern Hessen, Saarland und Nordrhein-Westfalen gestartet (MigraMundi e. V. aus Wiesbaden, Carmen e. V. aus Düsseldorf, ELFE e. V. aus Saarbrücken und Rodnik e. V. aus Fulda). Die Teilnehmerinnen hatten oftmals rudimentär vorhandene Kenntnisse von Politik, Verwaltungsabläufen und kommunaler Selbstverwaltung. In zahlreichen Seminarveranstaltungen, Vor-Ort-Veranstaltungen und Netzwerktreffen wurden Kenntnisse über das politische System in Deutschland, die vorhandenen Verwaltungsstrukturen, die Sonderstellung der Gemeinden im Staatsaufbau, das Wahlsystem und die besondere Funktion der Parteien sowie Fertigkeiten und Fähigkeiten zur Politikgestaltung in den Gemeinden und die Verbesserung persönlicher

Arbeitstechniken vermittelt. „Themenabende“ vor Ort, bei denen Migrantinnen mit kommunalen Politikerinnen und Vertretern der demokratischen Parteien ins Gespräch kommen, runden die Projektarbeit ab. Aufgrund der Erfahrungswerte aus 2017 und auf das vielfältige Interesse anderer Städte und Gemeinden haben wir das Projekt für das laufende Jahr 2018 sowohl inhaltlich als auch räumlich erweitert. Dabei war uns besonders wichtig, dass es in den Städten und Gemeinden durchgeführt wird, in denen bis 2020 Kommunalwahlen stattfinden: dazu gehören Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern. Das Saarland und Nordrhein-Westfalen sind ebenfalls wieder dabei und mit den Kooperationspartnern ELFE e. V. und Carmen e. V. nehmen erfahrene Teilnehmerinnen teil, die ihre Kenntnisse zur politischen Partizipation vertiefen.

Stolz sind wir darauf, dass das Projekt im gesamten Bundesland Bayern und Baden-Württemberg durchgeführt wird. Dafür sind die Kooperationspartner AGABY Bayern und die LAKA Baden-Württemberg verantwortlich, die aufgrund einer hohen Nachfrage per Ausschreibung Teilnehmerinnen akquiriert haben. In Rheinland-Pfalz ist die Türkische Gemeinde Rheinland-Pfalz e. V. unser Kooperationspartner und in Nordrhein-Westfalen das Interkulturelle Zentrum „Offene Welt e. V.“.

Strategien zur Kontaktaufnahme und Netzwerkgründung

Die oben beschriebene Bildungsarbeit ist nur ein Teil des Projekts „Migrantinnen in die Kommunalpolitik“. Ein weiterer Baustein ist, die auf den kommunalen Ebenen tätigen Entscheidungsträger für diese Arbeit vorzubereiten und zu sensibilisieren. Hier gilt es, im Zuge der Projektdurchführung Strategien der gezielten Kontaktaufnahme und Netzwerkgründung zu entwickeln. Dazu dienen die regionalen Fachtagungen, die Bestandteil des Projektes sind. Sie sorgen für einen direkten Zugang zu Parteien und Entscheidungsträgern. Ziele der regionalen Fachtagungen sind u. a. die Erarbeitung von Umsetzungsstrategien von kommunalen Aktions- und Handlungsvorschlägen zur Stärkung des Engagements von Migrantinnen in der Kommunalpolitik und die Motivierung zur Umsetzung in den jeweiligen Kommunen.

Die Kölner Oberbürgermeisterin Frau Reker begrüßte im Rahmen der Auftaktveranstaltung im Kölner Rathaus die Teilnehmerinnen und sprach ihnen Mut für den Einstieg in die Kommunalpolitik zu: „Sie kommen aus unterschiedlichen Altersgruppen und aus unterschiedlichen Kulturkreisen. Sie leben teilweise bereits in zweiter oder dritter Generation in Deutschland oder sind selbst als geflüchtete Frauen zu uns gekommen. Die Zusammensetzung Ihrer Gruppe ist so vielfältig wie unsere Gesellschaft. Und gerade das wird das Projekt so erfolgreich machen, da bin ich mir sicher. Denn Sie bringen unterschiedliche Lebenserfahrung mit und können so voneinander und miteinander lernen. Trotz aller Unterschiedlichkeit haben Sie etwas Wichtiges gemeinsam: Sie haben den Wunsch, sich politisch zu beteiligen. Damit bewirken Sie etwas für unsere Gesellschaft und so auch für Frauen mit Migrationshintergrund.“

Als Projektleiterin und langjähriges Mitglied im Rat der Stadt Köln mit italienischen Wurzeln freue ich mich sehr über die Entwicklung des Projekts und ganz besonders darüber, dass einige Teilnehmerinnen durch das Projekt Lust auf Politik verspüren.

Besonders hervorzuheben ist, dass Projektteilnehmerinnen tatsächlich die Herausforderung wagen, sich aktiv in der Kommunalpolitik zu engagieren. Eine Teilnehmerin aus Bayern schrieb: „Durch meine Entscheidung in die CSU als Quereinsteigerin einzutreten erhoffe ich mir, die Sichtweise auf die Migrationspolitik zu verändern, denn Migrationspolitik ist mehr als nur die Dauerdebatte über Asylpolitik“.

Die Kooperationspartner haben weiterhin jede Menge Anfragen und bereits eine lange Warteliste. „Migrantinnen in die Kommunalpolitik“ genießt bundesweite Aufmerksamkeit und wir hoffen sehr, dass die Bundeszentrale für politische Bildung auch im kommenden Jahr das Projekt fördert, sodass in vielen Städten und Gemeinden bei den nächsten Kommunalwahlen mehr Frauen mit Migrationshintergrund kandidieren.

Teresa De Bellis-Olinger
Projektleiterin „Migrantinnen in die Kommunalpolitik“

Kultur-Städteranking 2018: Stuttgart erneut Kulturhauptstadt Nr. 1

Das Hamburgische WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) und die Privatbank Berenberg haben zum vierten Mal nach 2012, 2014 und 2016 die 30 größten Städte Deutschlands im Hinblick auf ihr Kulturleben untersucht. Das Ergebnis: Stuttgart kann zum vierten Mal seinen Spitzenplatz als Deutschlands Kulturmetropole Nr. 1 behaupten. Diese Spitzenstellung verdankt die Schwaabenmetropole ihrem umfassenden Kulturangebot (Platz 1 in der Kulturproduktion) bei einer nochmals besser bewerteten Kulturnachfrage (von Platz 3 auf Platz 1 in der Kulturrezeption).

Die Kulturwirtschaft ist in vielen der 30 größten Städte Deutschlands ein bedeutender Arbeitgeber. In den vier deutschen Millionenstädten sind derzeit in München 7,1 Prozent, in Köln 5,9 Prozent, in Berlin 5,0 Prozent und in Hamburg 4,9 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in diesem Wirtschaftszweig angesiedelt – Tendenz steigend. Stuttgart liegt mit 7,6 Prozent an der Spitze. Durch die Nachfrage von Einwohnern und Touristen entstehen weitere, über die Kulturwirtschaft hinausgehende ökonomische Entwicklungsimpulse.

Hamburg ist „Global Active City“

Hamburg darf als eine der ersten Städte weltweit offiziell den Titel „Global Active City“ tragen – gemeinsam mit den Städten Buenos Aires (Argentinien), Lillehammer (Norwegen), Liverpool (England), Ljubljana (Slowenien) und Richmond (Canada). Diese Städte haben nach Einschätzung der für die Zertifizierung und die Vergabe des Global-Active-City-Labels verantwortlichen „Active Well-being Initiative“ viel dafür getan, ihren Bewohnerinnen und Bewohnern einen aktiven und gesundheitsbewussten Lebensstil zu ermöglichen.

Der Hamburger Senat hatte nach der gescheiterten Olympia-Bewerbung den „Masterplan Active City“ beschlossen und eine sportbasierte Entwicklungsperspektive für Hamburg verfolgt.

Der Masterplan umfasst 32 Projekte aus der Olympia-Planung, die nach ihrer Umsetzung die Sportinfrastruktur Hamburgs modernisieren und erweitern. Nutznießer ist der Sport in seiner ganzen Bandbreite: Breiten- wie Spitzensport, Schulsport, Vereins- und Freizeitsport. Weitere Informationen unter <https://www.hamburg.de/active-city/>.

Dresden: stellvertretender Vorsitz im Eurocities Culture Forum

Die Landeshauptstadt Dresden hat in den nächsten zwei Jahren den stellvertretenden Vorsitz im Eurocities Culture Forum. Dresden löst Espoo (Finnland) ab, das von Birmingham den Vorsitz übernimmt. Eurocities ist ein Netzwerk von europäischen Großstädten zu den Themenbereichen Kultur, Wirtschaft, Umwelt, Wissensgesellschaft, Mobilität und Soziales. Zu allen Themenbereichen gibt es verschiedene Arbeitsgruppen, Projekte, Aktivitäten und Veranstaltungen. Die Landeshauptstadt Dresden ist seit 2004 Mitglied bei EURO-CITIES. Dem Netzwerk gehören über 140 Großstädte in über 30 Ländern Europas an. Neben Dresden sind aus Deutschland u. a. die Städte Berlin, München, Bonn, Chemnitz, Dortmund und Leipzig dabei.

Im April 2018 war die Landeshauptstadt Dresden zum ersten Mal Gastgeberin des EURO-CITIES Culture Forums. Über 100 Vertreter aus verschiedenen Städten Europas diskutierten zu den Themen Kultur, Beteiligung sowie gesellschaftlicher Zusammenhalt und tauschten sich aus. Besonders aktiv engagiert sich Dresden in der Arbeitsgruppe „Junge Menschen und Beteiligung“ und ist seit 2017 gemeinsam mit der Stadt Düsseldorf Ko-Vorsitzende der Arbeitsgruppe. Die Landeshauptstadt Dresden fördert die künstlerische und kulturelle Bildung und deren Vermittlung für alle Generationen und gesellschaftlichen Schichten gleichermaßen.

Dortmund: Digitalste Stadt

Die von Unternehmer und Mäzen Alexander Otto gegründete Stiftung „Lebendige Stadt“ hat Dortmund und Wien als „digitalste Städte“ ausgezeichnet. Die Jury lobte Dortmund unter anderem als eine Stadt, die die Digitalisierung in eine Stadtentwicklungsstrategie einbindet. Preiswürdig waren Städte mit einer langfristig ausgerichteten Digitalisierungsstrategie, die bereits Projekte im Rahmen dieser Strategie realisiert haben. Gesucht wurden Projekte, die Vorbild- und Nachahmungscharakter für andere Städte und Kommunen haben.

Dortmund und Wien teilen sich das Preisgeld von 15.000 Euro. Anerkennungen gingen an Coburg und Heidelberg. Insgesamt hatten sich 29 Städte und Kommunen aus vier europäischen Ländern beworben. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter <http://t1p.de/digitalste-stadt>.

11. Kommunale Klimakonferenz in Berlin

„Klima- und Nachhaltigkeitsziele kommunal verankern“ lautet der Titel der 11. Kommunalen Klimakonferenz, zu der das Bundesumweltministerium und das Deutsche Institut für Urbanistik am 6. und 7. Dezember 2018 Kommunalvertreter, Experten und Multiplikatoren herzlich nach Berlin ins dbb Forum einladen. Kooperationspartner der zweitägigen Veranstaltung sind der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund.

Passend zum Titel steht zu Beginn der Konferenz das Thema „Klimaschutz und Nachhaltigkeit zusammen denken“ im Fokus. Es wird in einer Keynote, Fachdiskussionen und Blitzlichtern aus der kommunalen Praxis aus verschiedenen Perspektiven anschaulich beleuchtet. Am Nachmittag des ersten Konferenztages erfolgt zudem die Bekanntgabe der Gewinner des Bundeswettbewerbs „Klimaaktive Kommune 2018“. Bundesumweltministerin Svenja Schulze wird die Auszeichnung gemeinsam mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände und des Umweltbundesamts vornehmen. Der zweite Veranstaltungstag lädt zu einem intensiven Erfahrungsaustausch in vier parallelen Foren ein.

Das ausführliche Programm und weitere Infos finden Sie unter <https://www.klimaschutz.de/11.Klimakonferenz>.

„Praxishandbuch eVergabe“ erschienen

Das neu erschienene „Praxishandbuch eVergabe“ von Beust/Stoye/Thomas/Zielke will Hilfe bieten, indem es die gesamten Schritte einer eVergabe von der Bekanntmachung bis zum Zuschlag darstellt. Auch die Verfahren der dynamischen Beschaffung, der elektronischen Auktionen und des elektronischen Katalogs werden erläutert. Auch die Aspekte des Datenschutzes und der Datensicherheit werden dargestellt.

Ziel des Praxishandbuchs ist es, für das gesamte Vergabeverfahren die Implikationen der eVergabe in verständlicher Weise mit einem klaren Bezug zur Praxis zu geben. Das Buch ist erschienen im Verlag C.H. Beck. Es kostet 39,00 Euro und kann bestellt werden unter der ISBN 978-3-406-69096-9.

Ratgeber: Ältere und pflegebedürftige Menschen in Großschadenslagen

Zu Hause versorgte pflege- und hilfsbedürftige Menschen sind in Krisen, Großschadenslagen und Katastrophen wie Hochwasser, Hitzewelle oder Stromausfall oft ganz besonders gefährdet. Denn ambulante Pflegedienste können sie evtl. nicht erreichen und Einsatzkräfte wissen möglicherweise nicht, wo sie wohnen. Dieses Problem wurde vom Deutschen Roten Kreuz e. V. (DRK) erkannt. Im Rahmen des initiativ vom DRK entwickelten und geleiteten Forschungsprojekts KOPHIS (www.kophis.de) wurden und werden deshalb Lösungsansätze entwickelt. Das DRK gibt zudem in seiner Schriftenreihe der Forschung unter Band 6 einen mehrteiligen Schriftsatz zu dieser Thematik heraus.

Teil 1 mit dem Titel „Die vulnerable Gruppe – ältere und pflegebedürftige Menschen in Krisen, Großschadenslagen und Katastrophen“ dient der inhaltlichen Einführung, beinhaltet aber auch Erkenntnisse aus Praxis und Forschung zur Betroffenheit dieser Personengruppe in Krisen, Großschadenslagen und Katastrophen, zu ihren besonderen Versorgungsbedürfnissen sowie zu Anforderungen an den Katastrophenschutz. Der Band ist kostenlos abrufbar unter <http://t1p.de/Krise-Grossschaden-Katastrophe>.

Arbeitsunterlage zur Eingabe in die Beihilfentransparenzdatenbank

Die EU-Kommission hat als IT-Anwendung eine sogenannte Beihilfentransparenzdatenbank entwickelt. Diese soll die Mitgliedstaaten bei der Erfüllung ihrer Pflichten im Hinblick auf die Veröffentlichung von Einzelbeihilfen unterstützen. Um die Eingabe in die Datenbank zu erläutern und zu erleichtern, wurde zudem eine Arbeitsunterlage veröffentlicht. Sie soll dabei helfen, dass die von den Bewilligungsbehörden in die Transparenzdatenbank eingegebenen Informationen kohärent und zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten vergleichbar sind. Die Auswahl der Themen sowie die vorgeschlagenen Eingabelösungen beruhen auf den nationalen Beiträgen, die im Rahmen der Sitzung der Lenkungsgruppe „Beihilfentransparenzdatenbank“ unterbreitet wurden.

Die Arbeitsunterlage steht für Mitgliedsstädte des Deutschen Städtetages zum Download bereit unter <http://t1p.de/beihilfetransparenzdatenbank>.

Neu im Amt



Städte- und Gemeindebund Brandenburg: Neuer Präsident des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg wird der parteilose Bürgermeister von Wittenberge, **Dr. Oliver Hermann**. Er wird Ende November das Amt von Jann Jakobs übernehmen, der bei der Oberbürgermeisterwahl in Potsdam nicht mehr angetreten war. Der Sozialdemokrat ist seit 2014 Präsident des Verbandes.



Offenburg: Neuer Oberbürgermeister der Stadt Offenburg wird **Marco Steffens**. Der Christdemokrat folgt auf Edith Schreiner, die nicht mehr zu Wahl angetreten ist. Die Christdemokratin führt die Geschicke der Stadt Offenburg seit 2002. Steffens tritt sein Amt am 3. Dezember 2018 an.



Potsdam: **Mike Schubert** wird neuer Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam. Der Sozialdemokrat ist zurzeit Beigeordneter für Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung der Stadt. Schubert folgt auf Jann Jakobs (SPD), der nicht mehr zur Wahl angetreten ist. Jakobs steht seit 2002 an der Spitze der Landeshauptstadt. Er übergibt sein Amt am 28. November 2018.



Villingen-Schwenningen: Neuer Oberbürgermeister von Villingen-Schwenningen wird **Jürgen Roth**. Der Christdemokrat tritt sein Amt am 1. Januar 2019 an. Der bisherige Amtsinhaber Dr. Rupert Kubon ist nach zwei Amtsperioden nicht wieder zur Wahl angetreten. Der Sozialdemokrat leitet seit 2003 die Geschicke der Stadt.



Zweibrücken: **Dr. Marold Wosnitza** ist neuer Oberbürgermeister der Stadt Zweibrücken. Der Sozialdemokrat folgt auf Kurt Pirmann (SPD), der im Juni nach schwerer Krankheit verstarb. Pirmann stand seit 2012 an der Spitze der Stadt Zweibrücken, der kleinsten kreisfreien Stadt Deutschlands.

Geburtstage




Der Bürgermeister der Stadt Eisenhüttenstadt, **Frank Balzer**, feiert am 24. Dezember seinen 55. Geburtstag. Der Sozialdemokrat steht seit Anfang des Jahres an der Spitze der Stadt.

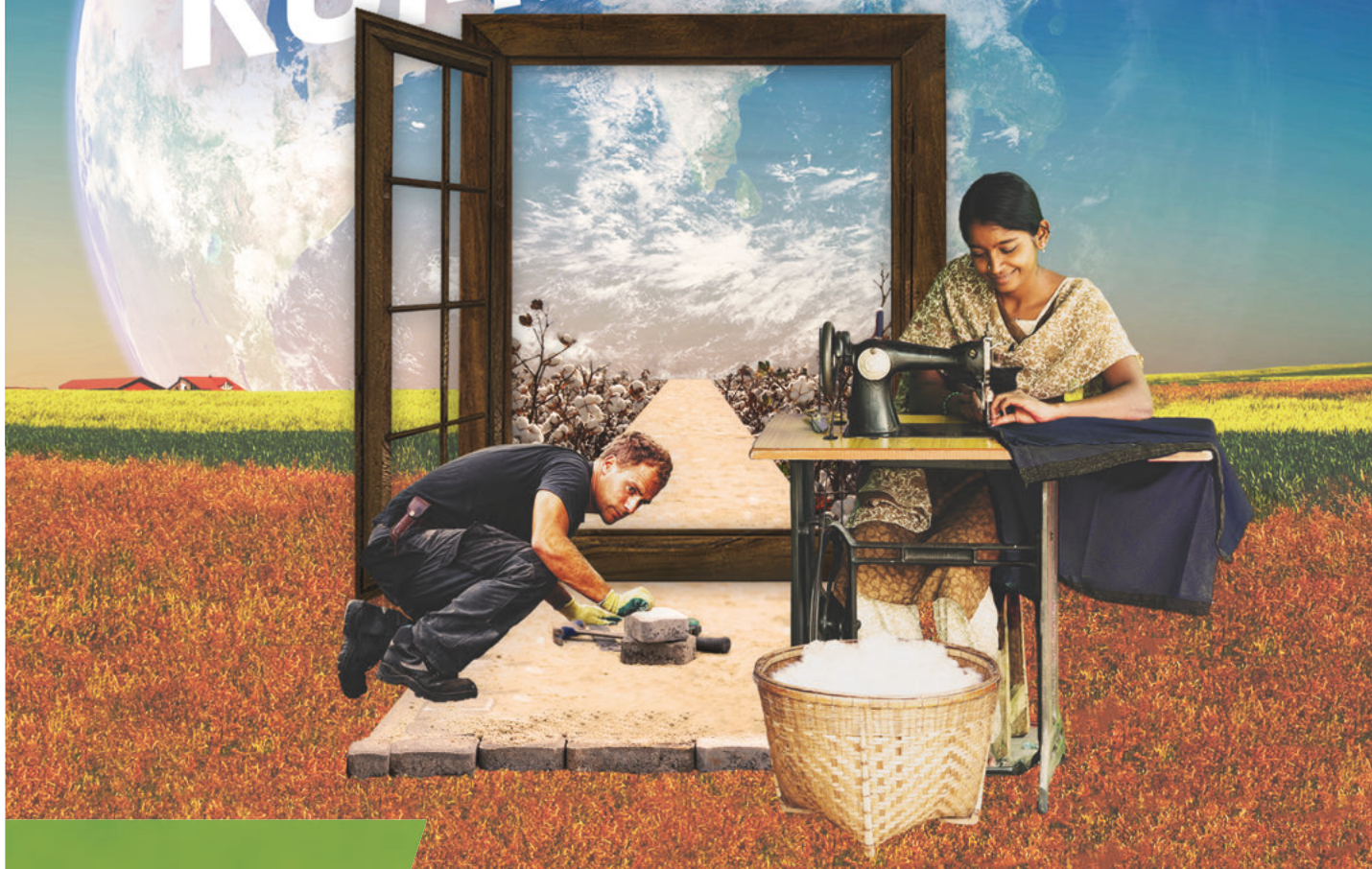


Klaus-Peter Hanke (parteilos), Oberbürgermeister der Stadt Pirna, wird am 5. Dezember 65 Jahre alt. Er steht seit 2010 an der Spitze der Stadt und wurde im Jahr 2017 wiedergewählt.

Fotos: Sina Teschner; Picasa, Gemeinde Willstätt; Robert Schnabel, Landeshauptstadt Potsdam; Michael Kienzler; Claudia Fahlbusch, Stadt Zweibrücken; Frank Hoffmann; Nick Putzmann.

Folgen Sie dem Deutschen Städtetag auf Twitter unter  **@staedtetag**.

EIN KLEINER SCHRITT FÜR DIE KOMMUNE ...



... ein großer Schritt für weltweit faire Arbeitsbedingungen

Kreise, Städte und Gemeinden leisten mit dem Einkauf fair produzierter Waren einen positiven Beitrag für Umwelt- und Sozialstandards und zur globalen Nachhaltigkeit. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt berät, fördert und vernetzt bei der Umsetzung von kommunalen Maßnahmen für Fairen Handel und Faire Beschaffung.

Wir beraten Sie · Telefon: 0228 20 717-670 · www.kommunal-global-engagiert.de

**ENGAGEMENT
GLOBAL**
Service für Entwicklungsinitiativen



mit ihrer

SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Verwaltung

Smart Country Convention

Kongress der Bitkom mit Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände, des VKU und des NEGZ
20. bis 22. November 2018 in Berlin

Weitere Informationen unter www.smartcountry.berlin

Wirtschaft

Ob analog oder digital – „It's a people's business!“

Forum deutscher Wirtschaftsförderer 2018
Kongress der kommunalen Spitzenverbände und des DVWE
in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Urbanistik
22. und 23. November 2018 in Berlin

Weitere Informationen unter <http://t1p.de/Wirtschaftsfoerdererforum>

Umwelt

11. Kommunale Klimakonferenz

Konferenz des Bundesumweltministeriums und
des Deutschen Instituts für Urbanistik in Kooperation
mit dem Deutschen Städtetag
6. und 7. Dezember in Berlin

Programm und weitere Informationen unter
<https://www.klimaschutz.de/11.Klimakonferenz>

Soziales

(Neu-)Zuwanderung bewegt – Sozialer Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft

Fachtagung des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), der Bertelsmann
Stiftung, der Robert Bosch Stiftung und des Deutschen Städtetages
10. Dezember 2018 in Berlin

Weitere Informationen unter <http://t1p.de/zuwanderung-bewegt>

Verkehr

ÖPNV-Großprojekte ohne Einspruchs- und Klageflut erfolgreich auf den Weg bringen!

Workshop zur Projektkommunikation der VDV-Akademie
5. und 6. Februar 2019 in Mannheim

Weitere Informationen unter <http://t1p.de/projektkommunikation>

ISSN: 2193-5491

Berlin/Köln, November 2018

Herausgeber: Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin, Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18–32, 50670 Köln, Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de, Internet: www.staedtetag.de, [@staedtetag](https://twitter.com/staedtetag)

Geschäftsführendes Präsidialmitglied Helmut Dedy

Verantwortlich: Volker Bästlein, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Uwe Schippmann

Gestaltung: Elke Postler Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs, Medeya Kommunikation, Bad Honnef,

Telefon: 02224/1874-510, Fax: 02224/1874-495, E-Mail: diederichs@medeya.de